

T a g e s o r d n u n g s p u n k t 1
der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des
Ortsbezirkes Wiesbaden-Schierstein
am 12.09.2006

Geschäftsordnungsangelegenheiten

Beschluss Nr. 0048

1. Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden, auf Grund der Anwesenheit eines fachkundigen Vertreters der Verwaltung und der gemeinsamen Beschlussfassung zusammen behandelt.
Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung, unter Berücksichtigung der gemeinsamen Behandlung der Tagesordnungspunkte 2 und 3 genehmigt.
2. Mitteilungen des Vorsitzenden:
 - ◆ Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage e. V. (KABS) hat in diesem Jahr bereits 7 Bekämpfungseinsätze im Stadtgebiet Wiesbaden durchgeführt. Die Genehmigung des Regierungspräsidenten zur Bekämpfung auf der Rettbergsaue kam so spät, dass erst im vorletzten Bekämpfungsdurchgang die Rettbergsaue einbezogen werden konnte. Dies war Ursache der im Bereich Schierstein und Biebrich aufgetretenen verstärkten Belästigungen durch Stechmücken. Künftig wird die Rettbergsaue immer in vollem Umfang in die Bekämpfung einbezogen sein. Die KABS ist mit ihren Gebietsbetreuern ständig vor Ort und koordiniert und optimiert die Bekämpfungsmaßnahmen.
 - ◆ Die Kosten für eine vollständige Entschlammung des Hafenbeckens betragen überschlägig bei 200000 t Baggergut ca. 11 Mio €. Hiervon wären anteilig vom Bund als Miteigentümer mit ca. 85 % Eigentumsanteil ca. 9 Mio € und von der Stadt ca. 2 Mio € zu übernehmen: Eine Teilsanierung des im Eigentum der Stadt stehenden Westhafens ist aus technischen und gewässerökologischen Gesichtspunkten heraus nicht zielführend. Der Bund hat sich klar gegen eine Beteiligung an einer Sanierungsmaßnahme und den anfallenden Kosten ausgesprochen. Auch seitens des Landes werden zur Zeit Mittelzuwendungen nicht in Aussicht gestellt. Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2006/2007 stehen kommunale Mittel für weitere umwelttechnische Maßnahmen im Schiersteiner Hafen nicht zur Verfügung. Dezernat IV wird nun erneut an das Land herantreten, um den Fortgang des Projekts zu besprechen und hierbei noch einmal über die Möglichkeit einer Zuwendung von Landesmitteln verhandeln. Sofern es zu einer Zuwendung kommt, sollen diese Mittel für eine Machbarkeitsstudie, die Ermittlung geeigneter Sanierungsmethoden und die Beseitigung von kleinräumigen Bereichen mit den höchsten Schadstoffbelastungen

eingesetzt werden. Die Aufhebung des von Amt 32 verhängten Angelverbots steht ursächlich im Zusammenhang mit der Realisierung von umwelttechnischen Sanierungsmaßnahmen im Hafenbecken. Eine Aufhebung des Angelverbots ohne Beseitigung der schadstoffbelasteten Sedimente kann aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes nicht befürwortet werden.

3. Die Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates vom 12.07.2006 wird genehmigt.

+

+

Verteiler:

1007 z.d.V.

Horschler
Ortsvorsteher